

88 Mk.
4,11 Mk.
1,14 Mk.

am Samstag sehr

ausgesprochen flau.
y im ersten Quar-
worden. Bei der
Bochen hatte sich
an zu korrigieren
e vor. Die Kurs-
che Kundenschaft zu
nden Momenten
die Freigabe in
rankenbaise.

ordentlich flüssig.
men. Die Käu-
Beiden für die
unter dem Druck
im Mai zu einer
s kommen werde.
ung des Privat-
diskont nach sich
cht an Anzeichen
rozentige deutsche
on 40 Millionen
hart überzeichnet,
rden mußte. Es
Reserven vorhan-

waren auf hö-
gt und die Preise
duktenböse blie-
o Doppelzentner
motierten Weizen
und Futtergerste
samer 202 (wenig-
0,25) Markt pro

jahresmesse hatte
erhältnisse zu lei-
nachgelassen und
g vor. In Köln
keine Frühjahres-
Zukunftsauss-
sichtslosigkeit ist in
zurückgegangen.
Inwachen zu be-
rückgang teilweise

keiten zogen die
beinemärkten gin-
je zurück.
ist die Verkaufs-
Breite bewegten
der Fortsätze.

in Calw.

der geplante
nach d. Murg-
Baden - Baden
Mk. Ein Essen
orgens beim Post-
Mittwoch, den 21.
naufer erbeten.
Der Ausschuß.

uge

richt
Preisen

erstr. 162,
Optiker.

brauchten, guterhalt.
berwagen

verkauft
ttusStammheim

berkolbach.
mittelaltere, gute

u. Fahr-
Ruh

it Kalb

Sohs. Schroth.

Dienstag und
ag vorm. werden

delböden

begeben.
ann Schnürle.

Ercheinungsweslet:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage
Anzeigepreis:
a) im Anzeigenteil:
die Zeile 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Zeile 50 Goldpfennige
Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag
Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden
Gerichtsstand für beide Teile
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld
Schluß der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags
In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises
Fernsprecher Nr. 9
Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Schiele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Nr. 90

Dienstag, den 20. April 1926.

101. Jahrgang

Dr. Külz über innerpolitische Fragen.

Der Reichsinnenminister über Fürstenkompromiß Wahlreform und Reichsschulgesetz.

U Jitau, 20. April. In einer großen Versammlung äußerte sich gestern Reichsinnenminister Dr. Külz über die gegenwärtige politische Lage. Nach einem einleitenden Ueberblick über die auswärtige Politik führte er aus: Zur Festigung der Wirtschaft habe sich die Regierung zu den bekannten Steuerermäßigungen entschlossen. Sie habe darüber hinaus aber auch in positiver Hinsicht zahlreiche Maßnahmen im Interesse der Ankurbelung der deutschen Wirtschaft ergriffen. Die staatswirtschaftliche Gesundung erfordere weitere durchgreifende Maßnahmen. In dieser Beziehung sei mit besonderer Genugtuung der starke Drang in einzelnen Ländern auf Vereinfachung der Verwaltung zu begrüßen. Entscheidungen von schwerwiegender Bedeutung würden hier beim bevorstehenden endgültigen Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern zu treffen sein. Auch das Reich enthielt sich keineswegs der Erkenntnis von der Notwendigkeit möglicher Einschränkung in Verwaltung und Gesetzgebung. In der Frage der Fürstenabfindung dürfe man nicht verkennen, daß in der überwiegenden Mehrzahl aller Fälle eine befriedigende Auseinandersetzung bereits erfolgt sei. Es sei zu wünschen, daß es recht bald gelinge, ein dem Volksempfinden und den Grundgesetzen der Gerechtigkeit entsprechendes Gesetz zustande zu bringen, denn die parlamentarische Gesetzgebung sei immer die primäre. Die Gesetzgebung durch Volksentscheidung müsse immer sekundär bleiben.

Die Wahlreform werde in weiten Kreisen des deutschen Volkes als ein notwendiges Bedürfnis empfunden. Die Mängel des gegenwärtigen Systems liegen klar zutage. Sie bestehen in der Unpersönlichkeit des Verhältnisses zwischen Wählern und Abgeordneten und der zum Teil ganz undemokratischen Form der Wahl, wie sie vor allem in der sogenannten Reichsliste verkörpert sei. Die Reichsliste sei überhaupt keine Wahl mehr, sondern Ernennung durch Parteinstanzen.

Das Reichsschulgesetz werde ebenfalls von weiten Kreisen gefordert, um die Unruhe zu bannen, die in der Entwicklung des Volksschulwesens eingetreten sei und um die Voraussetzungen

für einen weiteren gesunden Aufstieg unseres Volksschulwesens zu schaffen. Beide Gesetze, das Wahlgesetz, wie das Reichsschulgesetz, hätten bereits eine gewisse Geschichte hinter sich, das Reichsschulgesetz sogar eine Lebensgeschichte, und es gälte deshalb hier mit besonderer Vorsicht und unter Ausnutzung der Lehren der Vergangenheit zu handeln. Aber beide Gesetze müßten mit dem Nachdruck betrieben werden, der der Bedeutung der Materie zukomme. Die gegenwärtige Regierung habe rein ziffermäßig gesehen eine geschlossene Mehrheit des Reichstages von vornherein hinter sich. Es sei müßig, darüber zu orateln, ob die Regierung mehr nach rechts oder mehr nach links neige. Sie gehe ihren Weg geradeaus in der Richtung, die sie durch das Wohl des Vaterlandes für geboten halte, und die Unterstützung bei ihrer praktischen Arbeit sei hier von gleichem Werte ob sie von rechts oder ob sie von links komme.

Die Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben.

U Berlin, 20. April. Das Reichsfinanzministerium veröffentlichte eine Uebersicht über das Einkommen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben für die Zeit vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926. Darnach sind eingegangen: Einkommensteuern 2 253 014 397 M., davon aus Lohnabz. 1 367 241 399 Reichsmark, aus Steuerabzug vom Kapitalertrage 82 426 690 M., aus anderen Einkommensteuern 803 346 308 Reichsmark. Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1925 rechnete mit einem Gesamtertrage bei der Einkommensteuer von 2 170 000 000 RM. Die Körperschaftsteuer erbrachte 186 503 996 RM. Veranschlagt waren 180 Millionen RM. Die Vermögenssteuer erbrachte 270 439 021 RM. (350 Millionen veranschlagt), Erbschaftsteuer 27 259 629 RM. (36 Millionen), Umsatzsteuer 1 338 304 936 RM. (1 320 Million.), Grunderwerbssteuer 30 695 966 RM. (30 Millionen), Kapitalverkehrssteuer 103 431 806 RM. (105 Mill.), Beförderungssteuern 318 105 346 RM. (325 RM.). Die Umsatz- und Verkehrssteuern haben 4 832 485 192 RM. erbracht, während 4 851 000 000 RM. veranschlagt waren. Die Einnahmen bleiben somit um rund 20 Millionen hinter dem Voranschlag zurück. Im Ganzen sind an Steuern, Zöllen und Abgaben 6 856 103 413 RM. eingegangen, während 6 770 500 000 RM. veranschlagt waren, sodaß rund 86 Millionen RM. mehr als im Anschlag vorgeesehen, eingegangen sind.

Italienische Drohung in Danzig.

Ein neuer Akt faschistischer Gewaltpolitik.

Italienischer Schritt in Danzig.
U Danzig, 20. April. Der italienische Generalkonsul in Danzig hat beim Senat ernste Vorstellungen gegen die politische Haltung der Danziger Volksstimme gegenüber Italien und der Politik Mussolinis erhoben. Italien könne sich veranlaßt sehen, eine diplomatische Aktion gegen Danzig einzuleiten. Darüber hinaus könnten im Reise- wie im Geschäftsverkehr, wie auch in der Wahrnehmung besonderer Danziger Interessen für Danzig erhebliche Nachteile eintreten, wenn die italienische Regierung nach wie vor den Eindruck gewinnen müßte, daß sich die öffentliche Meinung der Freien Stadt Danzig in verkehrender Weise in innerpolitische italienische Angelegenheiten einmische.

Die Danziger Volksstimme erhebt gegen diesen Schritt des italienischen Generalkonsuls energisch Protest. Das Blatt erklärt, was der Vertreter Italiens mit seinem Druck auf die Danziger Regierung hier unternähme, sei nichts anderes als ein Versuch, in innere Angelegenheiten Danzigs einzugreifen. Solche Methoden Mussolinischer Politik müßten aber peinliches Aufsehen erregen. Die Danziger Presse müsse daher die italienischen Angriffe zurückweisen.

Mussolini und die Landwirtschaft.

Eine agrarpolitische Ansprache des Duce.
U Rom, 20. April. Am Montag morgen wurde die erste Generalversammlung des internationalen landwirtschaftlichen Institutes in Gegenwart des Königs Victor Emanuel eröffnet. Nach kurzer Begrüßung durch den Präsidenten des Institutes de Micheli ergriff Mussolini das Wort zu einer Ansprache in der er zunächst die Delegierten im modernen Tempel der Ceres, dem durch die Weisheit des Königs ins Leben gerufenen landwirtschaftlichen Institut bewillkommnete. Er führte dann aus:

Die Wiederherstellung des Wohlstandes der Welt, der im Boden und seiner Ausnutzung liege, sei noch durch verschiedene wirtschaftliche und moralische Fragen gehemmt. Die Landflucht, unter der viele Länder zu leiden hätten, sei eine Gefahr für

das Gleichgewicht der sozialen Kräfte und für die Harmonie der Beziehungen zwischen den einzelnen Klassen. Ferner spreche maßgebend die Frage der Rohmaterialien mit, zu deren glücklichen Lösung besonders eine Verstärkung der landwirtschaftlichen Produktion und deren Verteilung beitragen müsse. Nicht weniger wichtig sei die Frage der Arbeitskräfte, die auf den noch un bebauten oder nicht genügend bebauten Boden besser verteilt werden müssen, um eine reichlichere Produktion zu erzielen und um der ländlichen Bevölkerung einen größeren Nutzen ihrer Arbeit und damit zugleich der Gesamtbevölkerung einen größeren Wohlstand zu gewährleisten. Im Boden wurzele die Zukunft der Völker, dem Boden müsse alle Energie zugewandt werden, um der Welt das Glück und den Reichtum zurückzugeben.

An der Feier nahmen die Spitzen der Zivil- und Militärbehörden, des diplomatischen Korps, Vertreter des Senats und der Kammer, sowie prominente Persönlichkeiten des Handels, der Landwirtschaft und Industrie und endlich Delegierte aus 73 Staaten teil.

Die italienisch-englischen Verhandlungen über Abessinien.

U Rom, 20. April. Nach der Agencia Stefani werden die zwischen Rom und London geführten Verhandlungen lediglich auf der Basis des 1906 zwischen England, Frankreich und Italien geschlossenen Abkommens gepflogen. Die Abgrenzung des wirtschaftlichen Einflusses in Abessinien hätten lediglich den Zweck, einige italienisch-englische Meinungsverschiedenheiten auszugleichen. Die Agencia Stefani betont ausdrücklich, daß die Souveränität Abessiniens gewährleistet bleibe. Die beiden Regierungen hätten Frankreich verständigt und das Abkommen der abessinischen Regierung mitgeteilt. Das Wesentliche dieser Stefanimeldung dürfte darin liegen, daß England seine Zustimmung zu einer wirtschaftlichen Expansion Italiens in Abessinien gegeben hat.

Mobilmachung in der Türkei.

Die Türkei und die kleinasiatischen Pläne Mussolinis.
U London, 20. April. Der gestrige Bericht aus Konstantinopel, nachdem die Jahresklassen der Reserve einberufen worden seien, wird in den Konstantinopeler Meldungen der englischen Blätter dahin eingeschränkt, daß es sich hauptsächlich um die Ein-

Tages-Spiegel.

Reichsinnenminister Dr. Külz sprach gestern in einer Versammlung in Jitau über Fragen der deutschen Innenpolitik.

Der preußische Landtag wird heute wieder zusammentreten; ebenfalls am heutigen Tage nehmen fünf Reichstagsausschüsse ihre Beratungen wieder auf.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist gestern vormittag mit dem fahrplanmäßigen Zuge aus Stuttgart wieder in Berlin eingetroffen.

Die italienische Regierung hat durch ihren Gesandten in Danzig einen diplomatischen Schritt unternommen, der als Versuch einer Einmischung in innerpolitische Angelegenheiten des Freistaates Danzig angesehen wird.

Die Regierungskrise in Polen hat ihren Höhepunkt erreicht. Man erwartet für morgen den Rücktritt des Kabinetts.

Die Friedensverhandlungen mit den Rißflämmen haben in Eudjda begonnen. Sie versprechen einen wenig aussichtsvollen Verlauf.

Wie aus Schanghai gemeldet wird, ist es in Macao zwischen Streikenden und portugiesischen Soldaten zu Zusammenstößen gekommen, bei denen mehrere Soldaten schwer verletzt wurden.

Die Detschaft Hoopulu in Südwest-Hawaii ist durch Lavamassen des Vulkans Mauna Loa, der bereits seit einer Woche ununterbrochen Lavamassen ausströmt, völlig zerstört worden.

berufung von Rekruten handle. Ein Teil der englischen Morgenblätter schreibt, die militärischen Vorbereitungen der Türkei richten sich gegen Italien, weil Italien sehr weitgehende Absichten im Mittelmeer habe. Besonders in Kleinasien habe Italien bestimmte Pläne. Es bereite einen Angriff in der Nähe von Adalia und Smyrna gleichzeitig mit einem griechischen Angriff in Osttrazien und gemeinsame Flottenoperationen vor. Die italienischen Waffenlieferungen an Griechenland seien auch dazu angetan, die Türkei mißtrauisch zu stimmen. Andererseits weist der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph darauf hin, daß die Beunruhigung der Türkei möglicherweise nicht allein auf die Besorgnis wegen der Pläne Italiens und Griechenlands zurückgehe, sondern daß diese Alarmgerüchte weiter nichts seien als eine Kulisse, hinter der man die militärischen Vorbereitungen an der Französischen Grenze verbergen wolle.

Der Eindruck der türkischen Mobilisierung in England.

Die Einberufung der letzten 5 Jahresklassen durch die türkische Regierung wird an zuständiger Stelle bestätigt. Die im Daily Telegraph ausgedrückte Befürchtung, daß sich diese Maßnahme der türkischen Regierung gegen England richte, wird indessen nicht geteilt. Man weist darauf hin, daß gerade jetzt vielversprechende Verhandlungen zwischen dem englischen Volschafster in Konstantinopel und der türkischen Regierung eingeleitet worden seien. Daraus sei zu schließen, daß die militärischen Vorbereitungen der Türkei sich in erster Linie gegen Italien und Griechenland richteten.

Die Friedensverhandlungen in Marokko.

U Paris, 20. April. Die drei Rißdelegierten sind am Sonntag früh um 11 Uhr im Lager von Verteaux eingetroffen. Bald darauf waren auch die französischen und spanischen Unterhändler zur Stelle. Man ließ es mit einer allgemeinen Fühlungnahme bewenden und leitete die erste Aussprache auf nachmittags fest. Das Schicksal der Verhandlungen muß sich bei dieser Gelegenheit bereits entscheiden, da der französische Verhandlungsleiter General Simon die Aufnahme der offiziellen Friedensverhandlungen von folgenden drei Voraussetzungen abhängig macht: 1. Nachprüfung der Vollmachten der Delegierten. Die Alliierten wollen die Gewißheit haben daß die Delegierten im Namen sämtlicher Rißflämme und nicht im Namen Abd el Krims handeln. 2. Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes. Besetzung strategisch wichtiger Frontabschnitte zur Sicherung gegen evtl. Ueberrassungen wird darauf beschränkt bleiben, daß die von französischen Parteigängern besetzten Stellungen jetzt von regulären französischen Truppen übernommen werden. Abd el Krim hatte die Neutralisierung einer bestimmten Zone vorgeschlagen, was jedoch als unannehmbar zurückgewiesen wurde. 3. Entfernung Abd el Krims aus dem Rißgebiet. Diese Bedingung müßte grundsätzlich noch am Sonntag angenommen werden. Die drei Bedingungen haben den Charakter eines Ultimatum und müssen ohne Bedenkzeit angenommen oder abgelehnt werden.

Kleine politische Nachrichten.

Neue Mittel für die Erwerbslosen in Preußen. Wie aus dem Preussischen Landtag mitgeteilt wird, steht es bereits fest, daß die bis jetzt in Preußen ausgeworfenen Mittel für die Erwerbslosenfürsorge nicht ausreichen. Die Vertreter der Regierungsparteien werden in aller nächster Zeit einen Initiativantrag einbringen, in dem die Bereitstellung neuer Summen verlangt wird.

Eisenbahner-Entlassungen in Polen. Die Morgenblätter melden aus Warschau, daß die polnische Regierung zum Ausgleich des Defizits im Haushaltungsplan des Eisenbahnministeriums beschlossen hat, 11 000 Eisenbahnangestellte zu entlassen. Zur Stützung des Arbeitslosenfonds wurde am 15. April eine Fahrkartensteuer eingeführt.

Oesterreichs Protest gegen die Erhöhung der rumänischen Zölle. Wegen der außerordentlichen Erhöhung der rumänischen Zölle überreichte der österreichische Gesandte dem Auswärtigen Amt eine Note, in der die Erniedrigung der Zollsätze gefordert wird, andernfalls sei ein Zollkrieg unvermeidlich. Ferner wird in der Note die Einleitung von Verhandlungen zum Abschluß eines Handelsvertrages anfangs Mai gefordert.

Das Arbeitsprogramm des ungarischen Parlaments. Das Parlament trat zum erstenmal nach den Osterferien wieder zusammen, um über sein zukünftiges Arbeitsprogramm zu beraten. Es wurde beschlossen, zunächst über das Staatsbudget zu verhandeln. Ministerpräsident Graf Bethlen erklärte, der Staatsvoranschlag müsse im Parlament bis spätestens anfangs Juni erledigt sein, da der Wählerbund weitere 50 Millionen Goldkronen aus der Auslandsanleihe für Investitionszwecke nur unter dieser Bedingung freigeben werde.

Englisch-russische Verhandlungen. Der schlechte Gesundheitszustand Krassins hat in politischen Kreisen Moskaus große Besorgnis hervorgerufen. Die Krankheit Krassins verhindert die weiteren Verhandlungen zwischen der Sowjetregierung und England über die Beteiligung des englischen Kapitals in Rußlands. Es verlautet, daß Krassin von dem Außenkommissariat den Auftrag erhalten hat, sobald es ihm sein Gesundheitszustand erlaubt, dem Foreign Office einen Besuch abzustatten, um mit Chamberlain den Versuch zu machen, eine Basis für neue freundliche Verhandlungen mit der englischen Regierung zu schaffen.

Der Sturz des Tschernowez. Der andauernde Sturz des Tschernowez hat in Moskau größte Beunruhigung bei der Sowjetregierung hervorgerufen. Man ist jetzt dazu übergegangen, zahlreiche Privatkaufleute zu verhaften, die im Verdacht stehen, mit ausländischen Wäluen gehandelt zu haben. Es ist festgestellt worden, daß die Bevollmächtigung in den Hafenstädten von Matrosen ausländische Wäluen zu kaufen sucht. In den schwarzen Börsen wird für gute europäische Devisen bereits jeder Preis gezahlt.

Rußland annexioniert Polargebiete. Am Tage der Ankunft des Polarluftschiffes „Norge“ und Annußens in Leningrad beschloß das Zentral-Exekutiv-Komitee, daß alle bisher noch nicht entdeckten und heute noch herrenlosen Gebiete sowjetrussisch seien. Es handelt sich um Land und Meer nördlich der russischen Küste bis zum Nordpol innerhalb westlicher Meridianen.

Die Niederlage der Kuo-Mintschang-Truppen. Nach Meldungen aus Peking befinden sich die Kuo-Mintschang-Truppen in wilder Flucht. Die neue Stellung für die Kuo-Mintschang-Truppen wird wahrscheinlich der Nankaupaf sein. In Peking selbst herrscht Panik. In das Gesandtschaftsgebiet sind 17 Kabinettsminister, dazu die chinesischen Vertreter für die Peking-Konferenz geflüchtet. Die reichen Chinesen versuchen, ihre Wertgegenstände in den Speichern ausländischer Firmen unterzubringen. Die Hotels sind mit Flüchtlingen überfüllt.

Reichswirtschaftsminister Curtius über die deutsche Wirtschaft.

Zu Mannheim, 19. April. Im Rahmen des Parteitag der Deutschen Volkspartei, Landesverband Baden, trat der Fachausschuß für Handel und Industrie der deutschen Volkspartei zusammen, an dem Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, die Reichstagsabg. Wolbenhauer und Frau Wende, sowie Wbg. der Badischen Landtagsfraktion teilnahmen. Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius hielt dabei eine Rede, wobei er einleitend die Außenpolitik streifte. Er sagte unter anderem, daß die Locarno-Politik weiter entwickelt werden müsse. Die Herabsetzung der Truppenzahl in den noch besetzten Gebieten auf die Friedensstärke der deutschen Garnisonen, worauf Deutschland einen verbrieften Anspruch habe, dürfe nicht einen Zwischenakt bilden. Mit dem Locarnovertrag und der Befriedung des Rheinlandes, sowie ganz Europas, sei die Fortdauer der militärischen Okkupation unvereinbar, denn in Genf habe die Aufnahmekommission des Völkerbundes einstimmig entschieden, daß Deutschland seine internationalen Verpflichtungen erfüllt habe. Mit dieser Locarno- u. Völkerbundspolitik orientiere sich Deutschland nicht einseitig nach dem Westen. Der beste Beweis hierfür seien die Verhandlungen mit Rußland. Von einem Rückversicherungsvertrag könne jedoch keine Rede sein. Die politischen Verhandlungen würden durch Wirtschaftsverhandlungen über das bekannte 300 Millionen-Geschäft wirksam ergänzt, das hoffentlich bald im Interesse beider Teile vollständig abgewickelt werden könne. Der Minister ging darauf auf die Wirtschaftspolitik ein und erklärte, das Kabinett hoffe weitgehende Unterstützung zur Überwindung der Wirtschaftskrise zu finden und alles zur Wiederbelebung der Wirtschaft einsehen zu können, entsprechend dem Regierungsprogramm, in dessen Mittelpunkt Wiederaufbau und Festigung der deutschen Wirtschaft stehe. Der Minister wandte sich gegen das Volksbegehren der Aufwertungsgläubiger, Kriegsbeschädigten, Mietsvereinigungen usw., das die Wirtschaftskrise auf unabsehbare Zeit verlängern und dauernden Schaden anrichten würde. Volksbegehren gegen Gesetze, die nach unendlichem Kampf durch Mitwirkung aller Faktoren der öffentlichen Meinung verfassungsgemäß zustande gekommen seien, wenige Monate nach ihrem Inkrafttreten einzuleiten, sei ein unverantwortliches Unternehmen. Die Reichsregierung werde sich deshalb mit allen Mitteln und mit ihrer ganzen Autorität gegen dieses Volksbegehren stemmen. Die Maßnahmen des Wirtschaftsministeriums auf dem Gebiete der Zins-, Discont- und Kreditpolitik dienen nicht in letzter Linie dem Zwecke der Erleichterung der Lage der Landwirtschaft. In diesem Zusammenhang verwies der Minister darauf, daß die für Deutschland einzig mögliche Lösung nicht in dem Entweder — Oder einer Innen- bzw. Exportpolitik, sondern darin bestehe, sowohl den inneren Markt zu heben, wie die Exportpolitik zu fördern. Der Ausgleich werde gefunden werden. Insbesondere denke kein Mitglied der Reichsregierung, vor allem er selbst nicht daran, Handelsverträge grundsätzlich auf Kosten der Landwirtschaft abzuschließen zu wollen. Gegen einen alsbaldigen Systemwechsel unserer Zoll- und Handelspolitik, deren Grundlage erst im Sommer des vergangenen Jahres gelegt worden sei und zwar nach langen schweren Kämpfen, werde er sich wenden. Deutschland müsse so rasch wie möglich die noch ausstehenden, meist bereits eingeleiteten Handelsvertragsverhandlungen abschließen und alsdann an eine Gesamtrevision und an die Schaffung eines endgültigen Zolltarifs herangehen.

Frankreichs und Mussolinis Kolonialpläne.

Zu Paris, 19. April. Trotz der Gelassenheit, die offizielle Kreise zur Schau tragen, ist die Presse über die Reden Mussolinis stark beunruhigt. Alle Blätter besprechen die Folgen der Tripolisreise. Die Linkspresse protestiert gegen die letzte Kundgebung des Faschismus mit einer Heftigkeit, die sich nur im Hinblick auf den Wiederzusammentritt des Parlaments erklären läßt, das seine Arbeit am 20. April wieder aufnimmt. Von sozialistischer und kommunistischer Seite werden Interpellationen

über die Untriebe des Faschismus in Tunis und die Gründe der Tripolisreise Mussolinis eingebracht werden. Die Regierung wird voraussichtlich die Vertagung der Interpellationen ohne Festsetzung eines neuen Datums beantragen. In Regierungskreisen ist man sichtlich bestrebt, Reibungen mit Mussolini vorläufig zu vermeiden. Die Schlussfolgerung eines Berichtes Sauerweins, des Sonderberichterstatters des „Matin“ in Rom, enthält einen Hinweis auf die Möglichkeit direkter Verhandlungen zwischen Frankreich und Italien. Sauerwein regt u. a. an, daß Frankreich mit Italien über die Aufteilung der Frankreich durch den Friedensvertrag zugewandenen deutschen Kolonien verhandeln müsse. Diese Gebiete könnten zwischen Italien und Deutschland geteilt werden. Frankreich, heißt es in dem Artikel, hat an und für sich ein so ungeheures Kolonialreich, daß es besonders im Hinblick auf seine Geburtenziffer mit Leichtigkeit auf die ehemaligen deutschen Kolonien verzichten könne. Sauerwein schließt die Lage als äußerst ernst und dringend, die Bestrebungen Italiens und des Faschismus nicht unterstützen zu wollen. Man müsse alles tun, um eine Verständigung zwischen beiden Ländern zu ermöglichen. Italien müsse sich aber gefast sein lassen, daß es einen schweren Fehler begehe, wenn es französische Mittelmeerkolonien begehre. Am Schluß heißt es: Wenn Italien unter Hinweis auf seine höhere Geburtenziffer auf Kolonien Anspruch erhebt, die wir erobern haben und durch blutige Kampfszüge uns erlitten, so ist diese Aussprache unmöglich. Diese Kolonien sind geheiligt. Wenn sie jemand nehmen will, so wird Frankreich sie mit den Waffen verteidigen.

Vom Landtag.

Stuttgart, 19. April. In der Finanzausschussung des Landtags am Samstag gab der Berichterstatter zunächst einen eingehenden Überblick über die traurigen Straßenverhältnisse in weiten Teilen des Landes. Viele Brücken seien für die schweren Lastkraftwagen zu leicht gebaut. Im Vergleich mit benachbarten Ländern sei das württembergische Straßenbauprogramm mit einer Ausgabe von 14 367 000 M (gegen das Vorjahr mehr 3 305 000 M) recht bescheiden. Schließlich ging der Redner auch noch auf die Frage der Donauverfälschung ein. Minister Volz teilte mit, daß bezüglich der letzten Frage eine Klage gegen Baden anhängig gemacht worden sei. Im übrigen müsse die Regierung erst die Verabschiedung des Entwurfs eines Kraftfahrzeugsteuergesetzes im Reichstag abwarten. Die Aufnahme einer Anleihe für Straßenbauzwecke werde zurzeit erwogen. Für den Brückenbau in Wimpfen sei die Regierung zu einer Beitragserstattung bereit. Präsident Euting besprach die Ausprobung verschiedener Straßenaufbausysteme und Pflasterungen. Ein Redner des Bauernbundes wünschte die Fortführung der Murr- und Remsstorrektion und empfahl Vorsicht bezüglich der Straßenaufbauanleihe. Ein Redner der Sozialdemokratie nahm zum Neufahrplan Stellung. Ein Redner des Zentrums verlangte den Ausbau des Neckarkanals zunächst bis Seilbrunn, wünschelte Unterstützung der Gemeinden mit großen Nachbarschaftsstraßen in eisenbahnlosen Gegenden durch Staatsbeiträge und verlangte ein großzügiges Straßenbauprogramm. Die Verzinsung und Amortisation einer Anleihe werde nicht mehr kosten als die Bildarbeit. Die Brücken sollte man unterziehen. Minister Volz teilte mit, daß eine solche Unterzucht angeordnet sei. Ein demokratischer Redner wünschte hinsichtlich der Straßenaufbauanleihe. Ein sozialdemokratischer Redner kritisierte die Behördenunterbringung im Neuen Schloß. Ein Vertreter des Polizeipräsidiums bezeichnete eine Milderung der Strafen für Autoführer als wünschenswert, es gebe aber eine Menge schon vielfach bestraffter Fahrer, die sich einfach nicht an die Verkehrsordnung halten, während andere Fahrer überhaupt noch nicht bestraft werden müßten. Den ersteren könne der Führerschein entzogen werden. Hierauf wurden folgende Anträge angenommen: Eine Entschädigung Dr. Schermann betr. die Aufnahme einer Anleihe durch den Staat und ihre Verzinsung und Tilgung aus den Mitteln der Kraftfahrzeugsteuer; ein Antrag Dingler-August Müller auf besondere Berücksichtigung stark bedrängter Gemeinden hinsichtlich der Beiträge für Straßenunterhaltung,

Vom Glück vergessen.

Roman von Fr. Lehne.

13. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
Als sich jetzt Kameraden Kronaus näherten, ging sie. Mit geheimnisvoller Macht zog es sie zum Totalisator. Schnell, wie auf etwas Verbotenem ertappt, ging sie wieder zurück — aber in ihrer Hand brannte eine kleine, grüne Karte, die sie ihre letzten fünf Mark gekostet hatte — als Arbeitslohn für eine Bluse bestimmt.
„Bin ich denn besser als Malte?“ fragte sie sich vorwurfsvoll.
Und dann nahm sie ihren Platz neben Johanna wieder ein.
„Wo bleibst du nur, Lina?“ fragte die Kommerziantin in scharfem Ton; beinahe hätte sie hinzugefügt: „Ich habe dich nicht zu deinem Vergnügen mitgenommen, sondern als Gesellschafterin Hannas! Vergiß das nicht!“
Frau Likowski erhob sich jetzt, ließ sich von Gwendoline bedienen und ging nach der Restauration, um dort eine Tasse Kaffee zu trinken.
Endlich wurde zum Start für das dritte Rennen geläutet, zu dem Axel Kronau mit in den Sattel gestiegen war. Der schlanke, sehnige Artillerist ritt als vierter von acht Reitern über den Rasen in die Bahn. Gwendoline sah sein scharf geschnittenes Profil. Unter der schräg aufgestellten Mähle lockte sich sein Haar etwas über dem Ohr. Die Lippen lagen unter dem dunklen, kurz geschnittenen Bärtchen fest aufeinander, und mit gespannter Aufmerksamkeit blickten seine Augen.
Es dauerte diesmal lange, ehe der rote Korb aufgezogen werden konnte — dann aber flogen die edlen Tiere dahin, klug von ihren Reitern geführt. Tausende von Gläsern richteten sich auf das dicht beieinander bleibende Feld. Einer, zwei von den Reitern blieben etwas zurück — und da, an einer Hürde trennte sich ein Reiter von seinem Pferde, blieb liegen, während sein Gaul neben den anderen herhastete.
Des Publikums bemächtigte sich eine immer größer werdende Erregung. Zurufe ertönten: „Wer ist's? Der

Vierte?“ „Nein, der Fünfter!“ Jetzt konnte man die Zahl erkennen — Gwendoline atmete tief auf; er war es nicht! Ihre Augen glänzten dunkel vor Erregung. Jetzt jagten die Reiter zur letzten Runde an ihnen vorbei. Das Feld hatte sich verschoben, Kronau, der als Dritter geritten, ging jetzt an den Zweiten heran.
Er kannte seinen „Mondschein“ — er wußte, was er von ihm verlangen konnte. Bisher hatte er ihn klug geschont — nun aber galt es! Ein leiser Schenkeldruck, ein Schlag mit der Gerte — „Mondschein“ schoß vor und lag jetzt Kopf an Kopf mit dem viel gewetteten Favoriten „Butters“ — ein heißer Kampf entspann sich.
Das Publikum fieberte vor Aufregung. „Buttersly, Buttersly!“ rief es — „er macht es doch!“ „Nein, er macht's nicht mehr!“ „Der Bierer ist vorn!“ „Der Artillerist macht's — der macht es!“
Die Zuschauer rasten förmlich — und da, wenige Meter vor dem Ziel hatte Kronau den Favoriten überholt; wie ein Pfeil schoß sein „Mondschein“ als Erster durchs Ziel, damit die Sensation des Tages schaffend.
Gwendoline schloß erschöpft die Augen; sie sank auf ihren Stuhl nieder; ganz blaß das schöne Gesicht. All ihr Denken und Wünschen hatte sie auf den einen Punkt angepannt — er soll der Sieger sein! Ihre ganze Kraft dabei verbraucht. Tief atmete sie. Und sie lächelte glücklich.
Die Nummern wurden aufgezogen. Und dann drängte man zum Totalisator.
Malte Reinhardt kam verdrießlich zu den Damen.
„Ich habe Pech gehabt, Jeanettechen — schenliches Pech! Wer hätte gedacht, daß der Bombenfrige so'n unerhörten Dufel hätt' — kein Mensch! Auf den Artilleristen gibst's Geld! — Ich glaube, Zigeuner“ macht's bestimmt, wo „Buttersly“ nicht ganz in Form war — und dabei ist der Schinder nicht mal dritter geworden! Teufel noch mal! Fünzig Emmchen sind hin, Jeanette —“
„Malte“ — rief Gwendoline vorwurfsvoll, „dein Leichtsin!“
„Ja, Freund Malte, Bombenfrigen können auch retten!“ lächelte Blanka spöttisch, „ich habe zwanzig Mark Sieg und awanzig Mark Blak auf ihn aeseckt! — Wollen Sie mit

das Geld vom Toto holen, mein Lieber?“ fragte sie boshaft, „hier mein Ticket —“ sie wollte ihn ärgern.
„Was gibst's denn auf „Mondschein“?“
„Er zuckte die Achseln.“
„s war noch nicht raus!“
Bon vorübergehenden hörten sie jetzt die Summe nennen: auf zehn vierhundertachtundzwanzig — —
Aufgeregt sah Blanka Maltes Arm.
„Kommen Sie! Ich will mein Geld holen und mich dann bei dem Sieger bedanken.“
Gwendoline rechnete: über zweihundert Mark würde sie auf ihre fünf Mark bekommen! Wie sie das freute! Und wie gut sie das Geld gebrauchen konnte! Die Kommerziantin war mit Malte und Blanka wieder nach der Restauration gegangen — so konnte sie sich jetzt ihren Gewinn holen.
Sie sah in ihr Täschchen, um die kleine glückbringende grüne Karte zu fühlen — aber die Karte war nicht mehr darin. Kalt überriefste es sie. Sie blickte verstohlen zu Boden; auch da lag sie nicht —
Ihre Aufregung, die sie nicht verbergen konnte, fiel Hanna auf.
„Was hast du, Beste? Ist dir nicht gut? Vielleicht trüben wir jetzt auch eine Tasse Kaffee, man wird ganz steif bei dem anhaltenden Sitzen —“
Auch beim Aufstehen fand Gwendoline die Karte nicht; sie mußte sie verloren haben.
Gallenbitter stieg es da in ihr auf; nur mit Mühe drängte sie die Tränen zurück. Sie hatte sich so gefreut, und nun war es nichts. Das Wenige, das ihr zumut, wurde ihr auch noch genommen, während Blanka erntet! — So war es immer; sie sollte kein Glück haben. Das Glück hatte sie vergessen! Und trübe und ernst blickte ihr Auge. Auch als sie jetzt den glücklichen Sieger erblickte, den Blanka natürlich in Beschlag genommen hatte, flog kaum der Schleier eines Lächelns über ihr Gesicht.
Blanka runzelte die Brauen, als sie Hannas und Gwendolines ansichtig wurde.
(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land.

Calw, den 20. April 1926.

Zur Reichs-Gesundheits-Woche!

„Dem Wohl der Gesamtheit“

Jeder Deutsche hat die sittliche Pflicht, seine körperlichen und geistigen Kräfte so auszubilden, wie es dem Wohl der Gesamtheit dient.

In diesem Sinne wünsche ich den Bestrebungen der Reichs-gesundheitswoche besten Erfolg. Möge sie das Verantwortungs-gesühl des Einzelnen sich selbst und der Gesamtheit gegenüber stärken und dazu beitragen, daß die in den schweren Kriegs- und Nachkriegsjahren geschwächten Kräfte unseres Volkes sich wieder zu voller Leistungsfähigkeit entwickeln!

Reichskanzler Dr. Luther.

Auf den heute abend im Georgenäum stattfindenden Vor-tragsabend, an welchem Medizinalrat Dr. Behr, Dr. Schleich und Bezirksfürsorgerein E. Staubt sprechen werden, sei auch an dieser Stelle ganz besonders hingewiesen. Es ist sehr zu wün-schen, daß im Interesse der Volksgesundheit weitere Kreise der Bevölkerung an diesen Vorträgen teilnehmen.

Aprilwetter.

Wir sind in der letzten Zeit vom Wettergott arg verwöhnt worden. Besonders die Osterzeit war ja so malenhaft schön, wie es uns seit vielen Jahren nicht beschieden war. Aber in-metrum — noch leben wir im launischen, wetterwendischen April, der nicht gesonnen ist, sich seinen wohlverordneten Auf-streitig machen zu lassen. Wir haben jetzt wieder richtiges Aprilwetter und werden nach den warmen Tagen wieder daran denken müssen, nach den Kahlen zu sehen, soweit sie nicht schon die Schwindsucht dahingerafft hat. Dem Landmann wirds recht sein, denn er braucht nach der austrocknenden Sonne und dem Wind der letzten Wochen unbedingt Feuchtigkeit für seine Bö-den. Es heißt ja „Feucht im April, gibts Heu in Füll!“ So werden wir uns mit dem wechselvollen April abzufinden haben; es ist Brot, das mit dem Aprilregen in unseren Fluren feimt.

Um das Gemeindebestimmungsrecht.

Für das Gemeindebestimmungsrecht sind in Calw 1321 Unterschriften abgegeben worden.

Versammlung des Bezirks-Handels- und Gewerbevereins Calw in Bad Teinach.

Der Bezirks-Handels- und Gewerbeverein Calw machte am Sonntag einen Ausflug nach Bad Teinach um zunächst den orisanzfähigen Mitgliedern einen Besuch abzustatten, aber dann in der darauffolgenden Versammlung, die im Gasthof zum Faß stattfand Bericht zu geben über die den Verein bewegenden Fragen. In der Begrüßungs- und Eröffnungsansprache er-wähnte u. a. der Vereinsvorstand, daß z. B. das Handwerk eine Krise durchzumachen hat, die zu überwinden nicht jedem Kleinhandwerker möglich ist oder wird. Das Handwerk soll und muß sich auf eigenen Boden stellen, denn staatliche und bankliche Hilfe gibt es leider nicht! Der Zusammenschluß aller Gewerbestände ist deshalb notwendig, denn nur dadurch was es möglich, die Handwerkerkassen, die Rentner- und Altmeh-sterhilfe, das Erholungsheim Niedernau zu errichten und weiter auszubauen. Der Vorstandsvortrag brachte auch sonst noch eine Fülle von sehr bemerkenswerten Anregungen. — In der folgen- den Aussprache begrüßte zunächst ein Gemeindevorsteher von Bad Teinach die von Calw erschienenen Mitglieder. Ein anderer Redner behandelte Organisations- und Steuerfragen sowie den für den Platz Teinach immer noch höchwichtigen Punkt: Frem-denverkehr oder Industrie? Weitere Reden gaben Zeugnis von dem Interesse für den Fremden-, speziell Autoverkehr, wobei insbesondere das Vorgehen der jetzigen Gemeindeverwaltung, die betamntlich eine regelmäßige Verbindung zwischen Station und Ort Teinach hergestellt hat, Lobens hervorgerufen wurde. Nach mehrstündiger Aussprache hob der Schriftführer noch be-sonders hervor, daß das alte, gute, schöne Einvernehmen, das einst zwischen Calw und Teinach herrschte — es gab damals noch im „Streichen“ ein Calwer Stübli — unbedingt wieder her-gestellt und gepflegt werden müsse. Ebenso, daß dem Bezirk der Fremdenverkehr, den in jeder Art der Gewerbeverein zu unterstützen bereit ist, nur Arbeit und dadurch Verdienst bring-en kann. Die Versammlung stand einstimmig unter dem Zeichen des „Verkehrs“ und deswegen war es eigentlich nichts Besonderes, daß trotz mehrfach eingeleiteter Sonderfahrten nicht mehr alle Teilnehmer der Tagung zur Bahn befördert werden konnten, sondern daß eine Extrafahrt die Ueberrückgebliebenen, darunter auch drei Teinacher nach den heimatischen Penaten verbrachte.

Wetter für Mittwoch und Donnerstag.

Ausläufer der nördlichen Depression beeinflussen noch die Wetterlage. Für Mittwoch u. Donnerstag ist mehrfach bedecktes, auch zeitweise regnerisches Wetter zu erwarten.

SCB. Balingen a. Enz, 19. April. Da die letztmalige Wahl des früheren, seines Amtes enthobenen Stadtschultheißen Häflein die Befähigung der Regierung nicht erhalten hatte, mußte die Wahl gestern wiederholt werden. Es ging ihr ein he-ber Kampf voraus, aus dem Ratsschreiber Linkenheil-Troffingen mit 1045 Stimmen als Sieger hervorging. Der frühere Stadt-schulthei Häflein bekam 609 Stimmen. Ein dritter ernsthafter Kandidat, Stadtschulthei Wild-Wiminden, war kurz zuvor zu-rückgetreten.

SCB. Tübingen, 19. April. Auf seiner Fahrt von Locarno nach Stuttgart berührte Dr. Strosfmann auch unsere Universitätsstadt Tübingen. Mit dem Kraftwagen von Konstanz kom-mend, stieg er am Samstag in Begleitung seines Sohnes abends im Hotel „Lamm“ ab, wo er das Abendbrot zu sich nahm. Während seines Aufenthalts in Stuttgart erklärte er Tübinger Parteifreunden, daß er, wenn irgend möglich, im Verlauf des Sommers in Tübingen einen Vortrag halten werde. Strosfmann hatte früher auch in Tübingen studiert.

SCB. Balingen, 19. April. Um den Privatwohnungsbau zu fördern, hat der Gemeinderat beschlossen, ein Darlehen von 15 000 Mark aufzunehmen und diesen Betrag in der Form von Bausparleihen zu einem Zinsfuß von 6 Prozent und mit einer Rückzahlungszeit von 35 Jahren an einzelne Bauende, die im laufenden Jahr Kleinwohnungen erstellen wollen, weiter zu geben.

SCB. Tailsingen, 19. April. Beim Eintauen des Juges 5.19 Uhr von Ostmettingen entgleiten bei der Weiche kurz vor dem Bahnhof zwei Güterwagen. Die Wagen blieben auf dem Bahnhöfchen stehen, jedoch nur geringer Materialschaden entstand. Mit Hilfe eines von Ostmettingen herbeigerufenen Hilfszuges konnte die Verkehrsstörung bis zum Eintreffen des von Ebingen kommenden Zuges größtenteils behoben werden, jedoch die-ser mit geringer Verspätung seine Fahrt fortsetzen konnte.

SCB. Trochtelfingen O. A. Neresheim, 19. April. Abends zog von Westen kommend ein Gewitter herauf. Nachdem einige große Tropfen gefallen waren, begann plötzlich ein heftiges Bom-bardement mit großen Hagelkörnern, die zunächst beim Auftref-fen auf den Boden plakten, wie Sprenggeschosse, weil sie noch nicht fest gefroren waren. Allmählich wurden sie so hart, daß in wenigen Minuten von den eben erblühten Obstbäumen ein Teil der Blüten und Blätter am Boden lag. In kürzester Zeit war die Gegend wieder in eine Winterlandschaft verwan-delt. Die Getreidefelder haben in dieser frühen Jahreszeit noch keinen Schaden gelitten. Aber die Hoffnungen auf ein gutes Obstjahr sind durch dieses Unwetter schon bedeutend herabge-stimmt. In der Nacht darauf zog erneut ein schweres Gewitter über die Gegend mit heftigen elektrischen Entladungen.

Sport.

Der Sport am Sonntag.

Das Hauptinteresse wendete sich beim Sonntagsport dem Pokalspiel zwischen Vf.B.-Stuttgart und dem Fußballverein Saarbrücken zu. Der Mannschaft dieses Vereins wurde ein außerordentlich herzlicher Empfang zuteil. Bei einem Empfang im Rathaus brachte Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager zum Ausdruck, wie lebhaft die Herzen den Brüdern und Schwestern im Saarland entgegenzuschlagen und wie sehr man ihnen den Tag der Freiheit wünscht, der ihnen mit der Wiedervereinigung mit dem deutsch. Vaterlande die Erlösung von den Seelenqualen des fremden Jochs bringt. Das Pokalspiel auf dem Cannstatter Wa-sen endete mit einem Sieg der Stuttgarter 1:0. In sonstigen Spielen sind noch zu erwähnen Vf.R.-Heilbronn gegen Ulfen 1:0 und gegen Schwaben-Augsburg 2:3. Das erste Ufa-Spiel Stuttgarter Sportklub gegen Stuttgarter Kickers endete 1:3, Zuffenhausen gegen Eintracht-Stuttgart 1:2, Ulmen gegen Unterlöhren 9:2, Galsburg gegen Sp. Bgg. Cannstatt 4:2. Die Stuttgarter Polizei unterlag im Pokalspiel gegen die Karls-rüher Polizei 0:2.

Fußball Länderkampf Deutschland-Holland 4:2.

Vor mehr als 50 000 Zuschauern wurde am Sonntag im Düsseldorf Rheinstadion das Fußball-Länderspiel Deutsch-land-Holland ausgetragen. Der Länderkampf endete mit einem 4:2 (1:1) Siege der deutschen Mannschaft.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Berliner Briefkurse.

100 holl. Gulden	168,69 Mk.
100 franz. Fr.	14,26 Mk.
100 schweiz. Frk.	81,16 Mk.

Börsenbericht.

SCB Stuttgart, 19. April. Heute lag die Börse wieder schwächer und es kam allenthalben zu Kursrückgängen.

Produktenbörsen und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern e. V.

Berliner Produktenbörsen vom 19. April.

Weizen märk. 293—298, Roggen märk. 177—182, Sommer-gerste 200—216, Wintergerste 175—193, Hafer märk. 195—205, Weizenmehl 38.25—40.50, Roggenmehl 26—27.50, Weizenkleie 11.25, Roggenkleie 12—12.10, Viktoriaerbsen 32—39, A. Speise-erbsen 27.50—30, Futtererbsen 23—27, Peluschken 22—25, Ackerbohnen 22—24, Wicken 29—32, blaue Lupinen 11.75 bis 12.75, gelbe 14—14.50, Seradella alt 26—30, neu 33—42, Rapsfuchsen 14.50—15, Leintuchen 18.80—19.20, Trodenmehlnigel 9.70—10, Sojabohnen 19.80—20.20, Kartoffelflocken 16.30 bis 16.60, Speisefarfelflocken weiße 1.15—1.50, rote 1.55—1.80, gelb-fleischige 1.60—1.90. Tendenz: fest.

Stuttgarter Pferdemarkt vom 19. April.

Im städt. Vieh- und Schlachthof begann gestern der Stutt-garter Pferdemarkt, mit dem auch die üblichen Ausstellungen verbunden sind, mit einer Vorführung und Prämierung der Marktperde. Heute vormittag setzte dann der Handel ein. Die Zufuhr von Pferden ist ziemlich reichlich und dürfte wohl 1000 Stück erreichen, während der Pferdemarkt nur schwach besetzt ist. Der Besuch des Marktes, namentlich durch Landwirte war recht gut, aber der Handel ging, ein Zeichen der Geldknappheit, nur langsam von statten. An Preisen wurden bis jetzt bezahlt: für leichtere Pferde bis 800 M., für mittlere bis 1200 M. und für schwere Pferde bis 2000 M. Der Markt wird morgen fortgesetzt.

Viehpreise.

Hörsingen: Kühe 350—520, Jungvieh 170—320 M. — Trochtelfingen: Jungvieh 250—275 M.

Schweinepreise.

Balingen: Milchschweine 34—46, Läufer 60 M. — Bop-singen: Läufer 55—75, Saugschweine 30—45 M. — Ravensburg: Läufer 35—46, Läufer 50—1000 M. — Saulgau: Ferkel 39—43, Läufer 50 M. — Balingen a. E.: Milchschweine 35—47 M. das Stück.

Fruchtpreise.

Giengen a. Br.: Roggen 9, Gerste 8.90—9.20, Haber 9 bis 9.70, Weizen 11—13.50, Wicken 13.50—15 M. — Nagold: Wei-zen 13, Gerste 9.60—10, Haber 9.50—10 M. — Tübingen: Dinkel 9—9.80, Haber 8.50—10, Roggen 9, Weizen 13—13.80, Gerste 9.80—10 M. der Ztr.

Holzpreise.

Das Forstamt Dornstetten erlöste für 1242 Fm. Nadelhamm-holz bei einem Ausbot von 27 180 M. 34 304 M. —126,2 Pro-zent. Alles Holz wurde zugeflogen.

Die irdischen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Ver-änderungen in Betracht kommen. D. Schöckl.

ein Antrag August Müller—Dr. Wolf auf nachdrücklichste För-derung der Korrektur von Murr und Nems. Verschiedene Ein-gaben wurden auf Antrag des Berichterstatters Dr. Schermann für erledigt erklärt. Abg. Kühle (Ztr.) berichtete hierauf über die öffentliche Fürsorge. Hierfür werden in Kap. 28 3 385 500, in Kap. 38 1 540 000 M. angefordert. Ein Regierungsvorsteher teilte mit, daß wesentliche Klagen über die Durchführung der Fürsorge der Regierung nicht bekannt geworden seien. Im Laufe der Aussprache wurde die Organisation der Fürsorge kri-tisiert und größere Berücksichtigung der Einzelpersonen sowie Unterstützung der charitativen Organisationen, die auf dem Gebiet der Säuglingspflege tätig sind, durch die Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins gewünscht. Auf eine Anfrage bezüglich der Aufwertung der Sparkassen erwiderte Minister Wolf, daß ein Ueberblick in dieser Hinsicht noch nicht vorhanden sei. Angenommen wurde ein Antrag Rath (DB.), dem Drängen zahlreicher Bezirksfürsorgestellen, mit den Kleintrentnern zu Ver-einbarungen zu gelangen, die diese verpflichten, vor Eintritt in den Genuß der Rente ihren Nachlaß zu verpfänden, möglichst Einhalt zu tun und die nicht selten damit verbundene Demü-tigung der Beteiligten zu vermeiden.

Aus den Parteien.

Landesparteitag der Deutschen Volkspartei.

SCB Stuttgart, 19. April. Am Samstag nachmittag begann unter großer Beteiligung aus dem ganzen Lande der diesjährige Landesparteitag der Deutschen Volkspartei in Württemberg mit der ordentlichen Vertreterversammlung im Bürgermuseum. Die Eröffnungsansprache hielt der Landesvorsitzende Reichstagsabg. Wickes. Das erste Referat über Fragen der Landespolitik hielt sodann Landtagsabg. Schultzeiß Rath-Lustnau. Er be-sprach zunächst die neuerlichen Versuche der Opposition, die der-zeitige Regierungscoalition zu sprengen und stellte fest, daß die Differenzen innerhalb der Regierung bezüglich der Ober-amtsenteilung tatsächlich ernster Natur sind. Aber trotzdem ist im Augenblick die Gefahr der Sprengung der Koalition nicht allzu groß. Die württembergische Deutsche Volkspartei steht auf dem Standpunkt, daß bei Neubildung der Regierung unter Ausschließung der Rechten nicht viel zu gewinnen ist, und lehnte es ab, aus der Krankheit des Staatspräsidenten für sich politische Vorteile zu verschaffen, schon aus menschlichen Rück-sichten. Der Redner kam dann auf Einzelfragen der Staatsver-einfachung, der Oberamtsaufteilung und der Wohnungsfrage zu sprechen und begrüßte es, daß in Württemberg 5 Ministerien beibehalten werden, glaubt aber, daß eine Personalunion zwi-schen Kult- und Wirtschaftsministerium wahrscheinlich ist, daß dem Landtag in der Frage der Verwaltungsreform gleichzeitig zwei Entwürfe vorgelegt werden. Die Neuregelung der Ge-bäudeversicherungssteuer lehnt die Deutsche Volkspartei un-bedingt ab.

Das zweite Referat hielt Reichstagsabg. Landgerichtsdirektor Dr. Wunderlich-Leipzig über Aufwertung und Fürstenaus-einanderlegung. Den Plan, die Aufwertungsfrage durch den Volkstentcheid regeln zu wollen, bezeichnete der Redner als hellen Blödsinn. Der Redner gab dann Auskunft über den Re-gierungsentwurf zur Frage der Fürstenausgliederung. Der Volkstentcheid der Sozialisten auf völlige Enteignung ist eine Brutalität, sobergleiches und wird im Fall der Annahme zu einer vollständigen Staatskrise führen.

Reichstagsabg. Senator Bentzien-Hannover behandelte in dem letzten Referat das Thema „Der Reichstag und die For-derungen des selbständigen deutschen Mittelstandes“.

Die Reden wurden mit großem Beifall aufgenommen. Da-van schloß sich eine eingehende Aussprache. In einer Reso-lution wurde der Reichs- und Landtagsfraktion und der Parteileitung Vertrauen und Dank ausgesprochen und dem Führer der Partei Dr. Strosfmann unwandelbare Treue zuge-sichert.

Die Deutsche Volkspartei Württemberg veranstaltete als Abschluß ihres diesjährigen Parteitages am Sonntag morgen im Stadtpark eine öffentliche Landesversammlung, die durch die Anwesenheit des Reichsaussenministers Dr. Strosf-mann der auf der Durchreise von einem Erholungsurlaub in Locarno nach Berlin hier weilte, ausgezeichnet wurde. Das Hauptreferat hielt Reichstagsabg. Staatssekretär z. D. Zehr von Rheinbaben über „Deutschlands weltpolitische Lage nach Genf.“ Er erinnerte eingangs an die Rede des damaligen Reichskanzlers Dr. Strosfmann in Stuttgart im Jahre 1923, in der er einen Appell an Frankreich richtete. Von dieser Rede über die Liquidierung der Ruhrbesetzung bis Locarno geht eine einzige gerade Linie. Heute ist das Prinzip des freien Rheines rechtlich gelöst. Freilich in der Praxis sind wir noch nicht so weit. Bei der Völkerbundstagung in Genf bestand keine Ehr-flichkeit gegenüber Deutschland. Wir verlangen nur die Erfül-lung der feierlich an Deutschland gemachten Zusagen, um die wir zudem gar nicht gebeten hatten. Die anderen stellten die Forderung auf, daß Deutschland Mitglied des Völkerbundes werden solle. Es ist Tatsache, daß die Großmächte in Genf auf das kleine Schweden einen ungeheuren Druck ausgeübt haben. Das brasilianische Veto, das alles verhinderte, hat eine neue Lage geschaffen. Aber diese Lösung ist immer noch besser, als irgend ein Austauschgeschäft, das eine Zeitlang im Vordergrund stand. Deutschland will die Studientommission beschließen und die grundsätzliche Linie der deutschen Außenpolitik nicht ändern. Aber es behält sich doch seine freie Hand. Auch uns erscheint eine Reform des Völkerbundes an Haupt und Gliedern drin-gend wünschenswert. Alle Staaten müssen Gelegenheit erhal-ten, im Völkerbundstat mitzusprechen. Das Hauptziel der an-deren, Polen als Gegenwärtig gegen Deutschland in den Rat hineinzubringen, ist vorerst nicht erreicht. Für die Zukunft darf Deutschlands freiwillige Zustimmung dazu nicht erteilt werden, solange Polen sich in dieser Art grundsätzlich gegen Deutsch-land einstellt. Der Völkerbund ist ein Mittel und bietet die Möglichkeit, die deutschen Interessen vorwärts zu treiben. Im Vordergrund unserer Interessen stehen die Fragen am Rhein und im Osten. Die Pläne eines Pan-Europa sind Lust- und Volkensgebilde. Etwas anderes ist die wirtschaftliche Zusam-menarbeit der Staaten Europas. Der Redner besprach dann noch die Frage der Abrüstungskonferenz, des Dawesplanes, der internationalen Versöhnung und bezeichnete die Forderungen nach einer einseitigen Rechts- oder Linksorientierung als Un-sinn. Der Redner schloß mit der Mahnung, alles zu tun, damit Deutschland in dem Ringen den Weg einschlägt, der am schnell-sten den Tag der Freiheit herbeiführt. Sodann hielt stürmisch begrüßt Reichsaussenminister Dr. Strosfmann die bereits be-kannt veröffentlichte Rede über Deutschlands Außenpolitik.

und die Gründe
en. Die Regie-
Interpellationen
gen. In Regie-
mit Mussolini
eines Berichtes
Ratin“ in Rom,
ter Verhandlung
regt u. a. an,
g der Frankreich
fischen Kolonien
nen Italien und
in dem Artikel,
reich, daß es be-
Leichtigkeit auf
konne. Sauer-
ringend, die Be-
unterstützen zu
digung zwischen
sich aber gesagt
z, wenn es fran-
heißt es: Wenn
enziffer auf 10-
nd durch blutige
ache unmöglich.
nehmen toll, so

ngauschubstung
schatter zunächst
gen Straßener-
Brücken seien für
im Vergleich mit
Straßenbaupro-
gegen das Vor-
schicklich ging der
änderung ein. Mi-
frage eine Klage
in übrigen müsse
rfs eines Kraft-
Die Aufnahme
it erwogen. Für
g zu einer Bei-
die Ausprobung
gen. Ein Red-
ung der Murr-
n, der Straßener-
nahme zum Re-
s verlangte den
n, wünschste Un-
schäftsstraßen in
nd verlangte ein
ung und Amora-
n als die Blick-
Minister Wolf
dnet sei. Ein
ich der Straßener-
kritisierte die Be-
vertreter des Po-
der Strafen für
eine Menge schon
an die Verkehrs-
haupt noch nicht
der Führerscheit
träge angenom-
die Aufnahme
ung und Tilgung
ntrag Dingler—
stark bedrängter
genunterhaltung,

te sie hoshaft,

Summe nen-

en und mich

ark würde sie
s freute! Und
Kommerzien-
ch der Restau-
ihren Gewinn

glückbringende
dar nicht mehr
verstoßen zu

n konnte, fiel

Vielleicht trin-
wird ganz steif

ie Karte nicht;

ur mit Mühe
so gefreut, und
am, wurde ihr
etl — So war
Glück hatte sie
luge. Auch als
lanke natürlich
Schleier eines

Hannas und

gung folgt.)

Ämtliche Bekanntmachungen.

Polizeidiener-Musterung.

Die Musterung und Unterweisung der Ortspolizeidiener des Bezirks findet in diesem Jahre durch Stationskommandant Sauter wie folgt statt:

In Gehingen am Freitag, den 23. April, vorm. 9 Uhr, für Althengstett, Dachtel, Deckenpfromm, Gehingen, Holzbronn, Neuhengstett, Ostelsheim, Simmozheim und Stammheim;

In Liebenzell am Montag, den 26. April, vorm. 8 Uhr, für Hirsau mit Erntmühl, Liebenzell, Monakam, Wötlingen, Oberkollbach, Oberreichenbach, Ottenbronn, Unterhaugstett und Unterreichenbach;

In Leinach am Donnerstag, den 29. April, vorm. 9 Uhr, für Altburg, Altbulach, Emberg, Liebelsberg, Neubulach, Oberhaugstett, Röttenbach, Sonnenhardt, Schmied, Alzenberg, Leinach, Würzbach und Zavelstein;

In Neuweiler am Montag, den 3. Mai, nachm. 4 Uhr, für Aigenbach, Alchalden, Alchelberg, Breitenberg, Hornberg, Martinsmoos, Neuweiler mit Hoffstett, Oberkollwangen und Zworenberg.

Die Musterung findet je auf dem Rathhause statt. Die Polizeidiener haben hierbei in voller Uniform zu erscheinen und Dienstbuch, Mantel und Gelenkessel mitzubringen.

Die Herren Ortsvorsteher werden ersucht, dies den unterstellten Polizeidienern zu eröffnen und für das rechtzeitige Eintreffen derselben zur Musterung Sorge zu tragen.

Calw, den 19. April 1926.

Oberamt: Rippmann.

Hausbesitzer.

Die jährliche Generalversammlung

des Vereins findet am Freitag, 23. April abends 8 Uhr

im „A d l e r“

mit der üblichen Tagesordnung statt.

Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder wird erwartet.

Haus- u. Grundbesitzerverein Calw. Der 1. Vorsitzende: K ä u s c h e.

Reißzeuge

in großer Auswahl empfiehlt zu billigt gestellten Preisen

R. Zahn, Lederstr. 162, Uhrmacher und Optiker.

Einen guten erhaltenen **Kinder-Lieg- und Sitzwagen** einen gebrauchten **Gasherb**

und 1 Paar schöne zweireih. **Spangenschuhe**

Gr. 38-39 (1 mal getragen weil zu eng) billigst zu verkaufen. Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

1 Paar sehr gut erhalt. **Hochschaffstiefel** (Fliegerstiefel) Nr. 40 bis 41 zu verkaufen. — Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Bienenbötter Bad. Vereinsmaß, verkauft Ulrich Koller, Zavelstein.

Knabenanzüge von Mk. 6.00 ab
Burschenanzüge von Mk. 30.00 b. 80.00
Herrenanzüge von Mk. 35.00 b. 125.00

* Jeder, der mein Lager besichtigt, ist überrascht über die große Auswahl, den tadellosen Sitz und die günstigen Preise meiner fertigen Herren- und Knaben-Kleidung.

* Besichtigung ohne jeden Kaufzwang erbeten. **Paul Ränckle, am Markt, Calw.**

Kinderzeitung „Das kleine Coco“ oder „Lachzeitung“ „Tipp“ gratis!
Preis 1/2 Pfd. nur 50^h



MARGARINE

Rahma
buttergleich

Das Geheimnis der Verbreitung,
Das Euch nicht Plakat und Zeitung,
Das sie selbst Euch nur verrät:—
„Qualität!“

Liebenzell, 19. April.
Dankagung.



Für die vielen Beweise herzlich. Teilnahme, die wir bei dem schmerzlichen Verluste unseres lieben Kindes erfahren durften, sprechen wir unseren herzlichen Dank aus.
In tiefer Trauer:
Fritz Schwämmle m. Frau u. Kind.

Suche auf 1. Mai ehrliches **Mädchen** nicht unter 18 Jahren, das schon gebildet hat.
Frau Pfaffnermstr. Ehlig

In Geschäftshaus wird ehrliches u. zuverlässiges, in Küche und Haushalt erfahrendes **Mädchen** gesucht. Eintritt spätestens 15. Mai. Angebote mit Lohnansprüchen u. Zeugnissen erbeten unter G. S. 90 durch die Geschäftsstelle ds. Bl.

Nach Augsburg wird **Mädchen** gesucht, das selbständig gut bürgerlich kochen kann. Sonstige Behilfen u. Waschfrau vorhanden. Bezahlung u. Eintritt nach Vereinbarung. Familienanschluß. Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Tüchtige solide **Waschfrau** übernimmt noch einige Häuser.
Gest. Angebote unt. R.144 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Landw. Bezirksverein Calw.
Wir haben auf Lager:

Kalksalpeter	Aezkalk
Kalkstickstoff	Leinmehl
Kalifalz	Palmkernkuchen
Kainit	Maismehl
Heberich-Kainit	Futterkalk
Knochenmehl	Angersensamen
Ammoniak	Klee- u. Grasamen

Ausgabe Mittwoch und Samstag.
Die Geschäftsstelle.

Oberkollwangen. Papierholz-Verkauf.
Aus dem Gemeindevald kommen im Submissionswege zum Verkauf:
153 Km. Papierholz
I., II. und III. Klasse unentriindet und unfortiert.
Schriftliche Angebote sind bis **Samstag, den 24. d. M., nachmittags 3 Uhr**, beim Schultheißenamt einzureichen.
Gemeinderat.

Roter Halbhund hat sich verlaufen
auf den Namen „Marko“ hörend. Abzugeben **Calw, Weggergasse 320.**

Pfannkuch
Früh eingetroffen
Kopf-Salat
große Köpfe
20
Stück
Pfannkuch

Transportable **Waschkessel**
in Kupfer u. verzinkt kaufen Sie billig bei **Eugen Lebzelter, Schlossermeister, Calw, Fernspr. 178.**

Gebrauchter **Sinker- & Rub-Gasherb**
samt Backofen und Ständer wird verkauft
Entenschnabel 599 III. St.

Neubulach. Verkauf wegen Platzmangel eine rehsfarbige **Ziege** mit 2 Jungen.
Gottfried Koller.

Röttenbach. Ein 11 Monate altes, erstklassiges **Zuchtrind** von bester Abstammung hat zu verkaufen
Adam Hammann.

Antwort auf die Bedenken gegen das Gemeindebestimmungsrecht.

Wir bestreiten dem Bezirks-Wirtsverein Calw das Recht nicht, Gegner des Gemeindebestimmungsrechts zu sein und dessen Wirksamkeit bei charaktersschwachen und krankhaft veranlagten Opfern des Alkohols anzuzweifeln, nehmen unsererseits aber für uns das Recht in Anspruch, im Blick auf das Volkswohl, unsere Sache zu vertreten. Ein sachlicher Gegner hat keine Ursache, die Ziele der Vertreter des Gemeindebestimmungsrechts, die in der Mehrzahl keine Abstinenzler sind, sondern den Alkoholmißbrauch bekämpfen, als „irreführend und unwahr“ zu bezeichnen und sie mit den Amerikanern und ihrer Trodenlegung in einen Topf zu werfen. Die mißlichen Erfahrungen der Kriegszwangswirtschaft verbieten von selbst ein Alkoholverbot, das nicht von der Gefinnung des ganzen Volkes getragen ist. Das einfache Glas Bier oder Wein, der Hausrunk und die Freiheit des Bürgers stehen nicht in Gefahr, auch sind es nicht irgend welche verschwurbelte Ideen einiger Fanatiker, die dem deutschen Volke aufgezungen werden sollen.

Nein, eine große Zahl verantwortungsbewußter deutscher Männer u. Frauen spüren, daß es angeht der unheimlich wachsenden, vielen heimlich verborgenen Alkoholnot nicht mehr so weiter gehen darf, sondern zur Abhilfe etwas geschehen muß. Sie suchen deshalb das in seiner Auswirkung wohl bescheidene Gemeindebestimmungsrecht zu erreichen, das die Gründung neuer unnützer Wirtschaften verhindern und den Ausschank von Schnaps regeln will. Ein Verfahren, das alles in das freie Ermessen der Gemeindegewähler stellt, ist jedenfalls alles andere als „Bevormundung“.

Ortsausschuß für das Gemeindebestimmungsrecht.

Zum Eindecken für den Winterbedarf empfehlen **fämtliche Sorten**

Anthrazit-Rohlen
Roks, Briketts
zu herabgesetzten Sommerpreisen
Wilh. Dingler, Friedr. Bauer
Albert Stand, Gottl. Eitel.

Was schon wieder ein neues Kleid?



O mein Schatz, nur das alte bei **Büsing** wie neu färben lassen.
Annahme:
Wilh. Entenmann, Calw. Manufakturwaren.

Kleinere **Remise**
Nähe Bahnhof bis Marktplatz, sofort zu mieten gesucht. Angebote unter G. S. 90 an die Gesch.-St. ds. Bl. erbeten.

Auf der Freibank wird heute schönes **Dörsenfleisch** ausgehanen, das Pfd. zu 60 Pfg.